WAS IST DEMOKRATIE?

1 Einführung

Die Grundidee

Jeder Mensch kann seine eigenen Bedürfnisse und Interessen am besten beurteilen. Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, sollte ein Mitspracherecht haben. Als Bürgerinnen und Bürger einer gemeinsamen politischen Gemeinschaft haben alle gleiche Rechte und Pflichten. Eine gemeinsame Verfassung legt fest, wie ihre individuellen Präferenzen in kollektives Handeln umgesetzt werden, während gleichzeitig die Grundrechte und -prinzipien gewahrt bleiben. Dies sind die Grundprinzipien der Demokratie, der Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk.

Foto: John Mathew Smith, 1994

Demokratie und Menschenrechte sind untrennbar verbunden. Das eine geht nicht ohne das andere.

Nelson Mandela—Anti-Apartheid-Kämpfer und erster Präsident des demokratischen Südafrika

Demokratie ist ein fortwährendes und nie endendes Streben nach diesem Ideal. Sie bietet einen offenen Raum für Debatten, Kritik und Rechenschaftspflicht. Politisch Verantwortliche erhalten und verlieren ihr Mandat durch den Willen des Volkes. Diese Eigenschaften machen die Demokratie zum besten Rahmen, um Freiheit und Menschenrechte für alle zu garantieren.

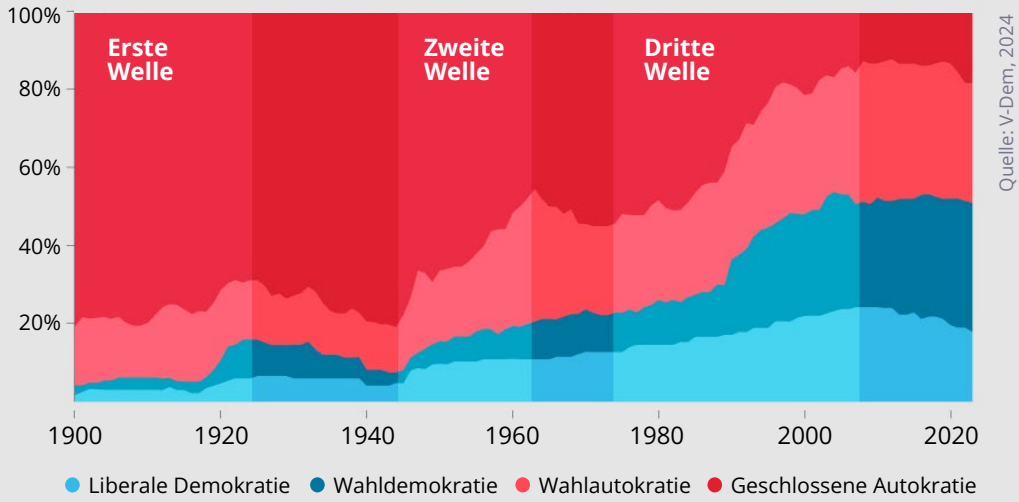
Anpassungsfähig

Die Demokratie ermöglicht es, sowohl die Politik als auch den demokratischen Rahmen selbst an gesellschaftliche Bedürfnisse und Erwartungen anzupassen. Ihre Reaktionsfähigkeit und Flexibilität gehören zwar zu den größten Stärken der Demokratie, machen sie aber auch anfällig für Missbrauch und feindselige Angriffe. Demokratische Räume und Mechanismen können für undemokratische Zwecke missbraucht werden, im schlimmsten Fall sogar, um die Demokratie selbst zu zerstören.

Weltweite Ausbreitung

Die Entstehung der Demokratie ist eine der wichtigsten politischen Entwicklungen in der Geschichte. In drei Wellen, zwei davon nach dem Zweiten Weltkrieg, gewann die Ausbreitung der Demokratie in der ganzen Welt erheblich an Dynamik. In diesen Zeiträumen stieg der Anteil der als demokratisch angesehenen Regierungen und die Zahl der Autokratien ging stark zurück. Weiterhin befinden sich viele Länder in einem Zustand, der zwischen diesen beiden Typen liegt.

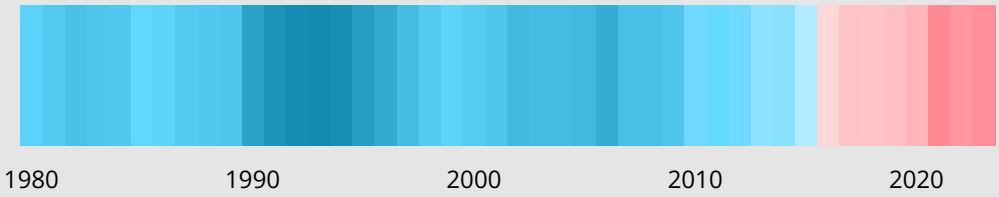
Regime in der Welt—*In drei Wellen hat sich die Demokratie seit 1900 ausgebreitet von einem Anteil von rund 4% bis heute 50% aller Staaten. Aber die Entwicklung stagniert.*



Die Situation heute

Im ersten Viertel dieses Jahrhunderts hat sich der Fortschritt der Demokratie verlangsamt und in vielen Ländern sogar umgekehrt. Fachleute beschreiben dies als eine Welle der Autokratisierung. Autoritäre Regime versuchen, die Demokratie weltweit mit verschiedenen Methoden zu untergraben, darunter Angriffskrieg und militärische Drohkulissen. Da die Demokratie die einzige allgemein akzeptierte Form der Legitimierung politischer Macht ist, versuchen selbst die stärksten Autokratien, eine demokratische Fassade aufrechtzuerhalten und greifen auf demokratische Rhetorik zurück. Gleichzeitig wurde demokratische Rhetorik missbraucht, um die illegale Anwendung von Gewalt zu rechtfertigen, insbesondere die von den USA angeführte Invasion des Irak im Jahr 2003, was sich negativ auf die Glaubwürdigkeit der Demokratieförderung und des Völkerrechts ausgewirkt hat.

Die Temperatur der Demokratie—*Seit Mitte der 2010er Jahre gibt es mehr Länder mit demokratishen Rückschritten (rot), als mit Fortschritten (blau).*



Quelle: International IDEA, Global State of Democracy 2024

2 Eine kurze Historie

Ein modernes Phänomen

Die Demokratie, wie sie heute verstanden wird, ist ein modernes Konzept. Der Grundsatz des gleichen Wahlrechts, der allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Ethnie oder Einkommen das Wahlrecht gewährt, hat sich erst ab etwa 1900 allmählich durchgesetzt. In einigen Ländern zog es sich bis in die 1960er und 1970er Jahre hin. In anderen Ländern hat es die moderne Demokratie überhaupt nicht oder nur für kurze Zeit gegeben.

Wurzeln in aller Welt

Die Demokratie hat ihre Wurzeln in verschiedenen Kulturen und Zivilisationen in aller Welt. Obwohl Gesellschaften in der Vergangenheit oft von Exklusivität, Klassen- und Kastenhierarchien sowie von Patriarchat geprägt waren, gab es in den meisten auch Praktiken, auf denen eine demokratische Tradition aufbauen konnte.

Die Anfänge

Die Anfänge des kollektiven Regierens, das den frühesten Formen der demokratischen Idee nahekommt, reichen fast 5.000 Jahre zurück. Versammlungen oder Räte, die Herrscher beraten oder einschränken, tauchten erstmals um 3000 v. Chr. in den Tigris- und Euphratbecken Mesopotamiens auf.

Im alten Indien gab es ab etwa 1500 v. Chr. in Republiken wie Asmaka, Malla und Vajji Versammlungen hochrangiger Clanführer. Dorfversammlungen, die angesehene Älteste umfassten, waren auf dem indischen Subkontinent weit verbreitet und existierten oft parallel

Überreste der antiken Stadt Ur im Irak. Forschende spekulieren, dass Formen des kollektives Regierens in Mesopotamien entstanden.

Foto: Shutterstock

Foto: Christopher Michel, 2012

Auch wenn es stimmt, dass kein Regierungssystem perfekt ist, kommt die Demokratie unserer essentiellen menschlichen Natur am Nächsten.

Der 13. Dalai Lama—geistliches Oberhaupt der Tibeter

zu einer monarchischen Herrschaft. Während der Zhou-Dynastie in China (1046–256 v. Chr.) berieten lokale Räte regionale Herrscher und halfen bei der Verwaltung lokaler Angelegenheiten.

Die antiken griechischen Stadtstaaten, die Römische Republik und Karthago im heutigen Tunesien entwickelten frühe demokratische Merkmale, die gut dokumentiert sind. Im Wesentlichen handelte es sich um sklavenbasierte und patriarchalische Gesellschaften. In Athen (500–300 v. Chr.) konnten freie männliche Bürger durch öffentliche Versammlungen direkt mitwirken, wobei die Gesetzgebung von einem per Los bestimmten Rat vorgeschlagen wurde.

Die Römische Republik (509–27 v. Chr.) verfügte über Volksversammlungen zur Wahl von Magistraten und zur Verabschiedung von Gesetzen, wobei der aus ehemaligen Magistraten bestehende Senat eine beratende Funktion innehatte. In Karthago (5.–2. Jahrhundert v. Chr.) gab es ähnliche Institutionen mit gewählten Amtsträgern und Räten.

In afrikanischen Gemeinschaften gab es in der Regel ebenfalls Ältestenräte und Dorfversammlungen. Die Igbo im heutigen Nigeria trafen Entscheidungen durch Konsens in Versammlungen erwachsener Männer. Auch indigene Völker in Amerika, wie die Irokesen-Konföderation, nutzten Räte und konsensbasierte Entscheidungsfindung.

Demokratie ist eine Methode, um ein Höchstmaß an Gerechtigkeit für alle Menschen zu erreichen. Das Prinzip, dass jede Regierung auf der Zustimmung der Regierten basieren muss, ist unbestritten und unbestreitbar.

W.E.B. Du Bois—US-amerikanischer Schriftsteller und Bürgerrechtler

Foto: James E. Purdy, 1907

Dass politische Freiheit und Demokratie erstmals im Westen artikuliert wurden, schließt ihre universelle Anwendung nicht aus. Man kann nicht behaupten, dass sie nicht auch in anderen Kontexten zum Ausdruck gebracht wurden.

Anwar Ibrahim—malaysischer Politiker und Premierminister

Foto: Government of Japan, 2024

Von Versammlungen zu Parlamenten

Die Geschichte der Demokratie besteht aus dem universellen Wunsch, Einbeziehung zu erreichen, die politische Macht aus den Händen einiger weniger Privilegierter zu entreißen und sie auf eine immer breitere Basis zu stellen. Diese Entwicklung hat in verschiedenen Kulturen, Ländern und Regionen auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit stattgefunden. Demokratischer Fortschritt musste in der Regel hart erkämpft werden. Vielerorts dauern die erbitterten Kämpfe immer noch an. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelten sich die beratenden Gremien zu frühen Parlamenten, deren Zustimmung die Monarchen für Entscheidungen über Steuern und Kriege benötigten. Eines der frühesten Parlamente dieser Art wurde 1188 vom König von León im Nordwesten der iberischen Halbinsel einberufen und brachte Adlige, Bischöfe und wohlhabende Bürger zusammen. Das Wort „Parlament“ stammt vom altfranzösischen „parler“ ab, was „sprechen“ bedeutet, und wurde erstmals im 13. Jahrhundert verwendet, um Versammlungen für Debatten im mittelalterlichen Europa zu beschreiben. Im Jahr 1688 setzte das englische Parlament seine Autorität über die Krone durch und ebnete damit den Weg für eine der ersten konstitutionellen Monarchien der Welt.

Ich verstehe Demokratie als etwas, das den Schwachen die gleichen Chancen gibt wie den Starken.

Mohandas K. Gandhi—indischer antikolonialer Unabhängigkeitskämpfer und Pazifist

Foto: Elliott & Fry, 1931

Foto: Shutterstock

Protest für staatsbürgerliche Rechte in Neu Delhi 2019. Das Poster zeigt B.R. Ambedkar, einer der Gründerväter der indischen Verfassung.

Moderne Verfassungen

Eine andere Seite der Medaille war die Demokratisierung der frühen Parlamente selbst. Durch Revolution und Freiheitskampf haben sich Volkswahlen, allgemeines Wahlrecht, repräsentative Demokratie und grundlegende Menschenrechte in modernen Verfassungen etabliert.
Die Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787 und die Verfassung der Ersten Französischen Republik von 1793 stellen die ersten republikanischen Verfassungen der Neuzeit dar, die vom Volk gewählte Parlamente beinhalteten. Zunächst war das Wahlrecht aber im Allgemeinen auf wohlhabende männliche Wähler beschränkt. In den Vereinigten Staaten von Amerika bestand die Sklaverei bis 1865 und Rassendiskriminierung bei Wahlen bis 1965 fort. Das Frauenwahlrecht wurde dort 1919 eingeführt.

Zu den Meilensteinen in anderen Regionen gehören die Gründung Liberias als erste afrikanische Republik im Jahr 1847, die japanische Meiji-Verfassung von 1889, mit der die erste konstitutionelle Monarchie in Asien eingeführt wurde, und die mexikanische Verfassung von 1917, die als erste neben bürgerlichen und politischen Rechten auch soziale Rechte verankerte.

Die Entkolonialisierung brachte vielen Ländern die Unabhängigkeit. Mit seiner Verfassung von 1950 wurde Indien zum größten demokratischen Staat der Welt und verbot offiziell die Diskriminierung aufgrund von Religion, Rasse, Kaste oder Geschlecht. Andere neue Nationen hatten jedoch Schwierigkeiten dabei, eine stabile Demokratie aufzubauen, da sie mit einem Erbe des kolonialen Autoritarismus, innerer Spaltung und anhaltender ausländischer Einmischung konfrontiert waren.

Demokratie und Menschenrechte bleiben universelle Werte, die Menschen ungeachtet ihrer Rasse, Religion oder Kultur vereinen.

Tawakkol Karman—Freiheitskämpferin aus dem Jemen

Foto: Jindřich Nosek, 2019

Die südafrikanische Verfassung von 1994 gilt als eine der fortschrittlichsten der Welt. Sie war die erste, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ausdrücklich verbietet.

Föderalismus

Repräsentative Demokratie wurde entwickelt, um das Regieren großer Gebiete und Bevölkerungen zu erleichtern. Um die Regierung näher an die Menschen heranzubringen und Machtausübung auszutarieren, führten viele Staaten zusätzlich föderale Verfassungen mit subnationalen Provinzen, Regionen oder Ländern ein. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren eine der ersten föderalen Bundesstaaten, gefolgt von Mexiko, der Schweiz, Argentinien, Bolivien, Kanada und Brasilien im 19. Jahrhundert. Auch Nigeria, Indien und Südafrika sind heute wichtige föderale Staaten.

3 Ein universeller Wert

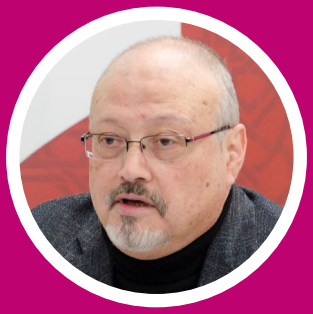
Zahlreiche Organisationen wurden auf internationaler, regionaler und subregionaler Ebene zur Förderung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit gegründet. Die universelle Akzeptanz der Demokratie wird in vielen ihrer Gründungsdokumente sowie in Erklärungen und Vereinbarungen sichtbar, die in Vergangenheit und Gegenwart verabschiedet wurden.

Die Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen, die 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, sind die bedeutendste internationale Organisation der Welt. Jeder Staat ist in der Generalversammlung vertreten.

Die Charta der Vereinten Nationen, die seit ihrer Gründung weitgehend unverändert geblieben ist, beginnt mit den Worten „Wir, die Völker“, womit die Legitimität der Organisation im Willen der Menschen begründet wird.

Jeder Staat kann unabhängig von seiner Regierungsform Mitglied der UNO sein. Dennoch hat die internationale Gemeinschaft durch die UNO immer wieder bekräftigt, dass Demokratie die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten umfasst und einen universellen Wert darstellt. Bei Reden vor der Generalversammlung äußern sich Gesandte der Mitgliedstaaten aus aller Welt häufig positiv



Ich glaube fest an die Demokratie als Lösung für die arabische Welt.

Jamal Khashoggi—saudi-arabischer Journalist und Demokratieaktivist

Foto: April Brady, 2018

zur Demokratie, wobei nicht-westliche Länder den Diskurs anführen.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von Fachleuten aus verschiedenen Weltregionen ausgearbeitet und 1948 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde, heißt es in Artikel 21: „Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken." Und: „ Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt."

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, ein Abkommen, das von neunzig Prozent aller Länder ratifiziert wurde, enthält eine ähnliche Formulierung. Die Allgemeine Erklärung und der Pakt sind wichtige Grundlagen für das Menschenrecht auf Demokratie.

Regionale Vereinigungen

Die Afrikanische Charta für Demokratie, Wahlen und Regierungsführung betont die Notwendigkeit, regelmäßige, transparente, faire und freie Wahlen abzuhalten, um öffentliche Autorität institutionell zu legitimieren und die Demokratie zu stärken. Sie verpflichtet die afrikanischen Staaten zu „den universellen Werten und Prinzipien der Demokratie".

Die Charta der Vereinigung Südostasiatischer Nationen enthält die Verpflichtung, „die Grundsätze der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der verantwortungsvollen Regierungsführung, die Achtung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten einzuhalten". Die Stärkung der Demokratie ist eines der erklärten Ziele. Die von der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit verabschiedete Charta der Demokratie besagt, dass sich ihre

Die uneingeschränkte Ausübung der Grundfreiheiten und Menschenrechte – die universell, unteilbar und voneinander abhängig sind – kann nur innerhalb demokratischer Systeme gewährleistet werden.

Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

Foto: Studio Incendo, 2019

Wir sehnen uns nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, genau wie alle anderen auch.

Joshua Wong—Demokratieaktivist aus Hongkong

Mitgliedstaaten verpflichten, „die Demokratie auf allen Ebenen der Regierung und der Gesellschaft insgesamt zu fördern“ und „eine partizipative Demokratie aufrechtzuerhalten, die durch freie, faire und glaubwürdige Wahlen sowie gewählte Parlamente und lokale Gremien gekennzeichnet ist.“

Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten ist eines der Hauptziele des 1949 gegründeten Europarats. Die Europäische Union wiederum, die eine „immer engere Integration“ ihrer Mitglieder anstrebt, basiert auf den Werten der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Der EU-Vertrag besagt, dass die Union „auf der repräsentativen Demokratie beruht“ und die Mitgliedstaaten demokratisch sein müssen.

Öffentliche Unterstützung

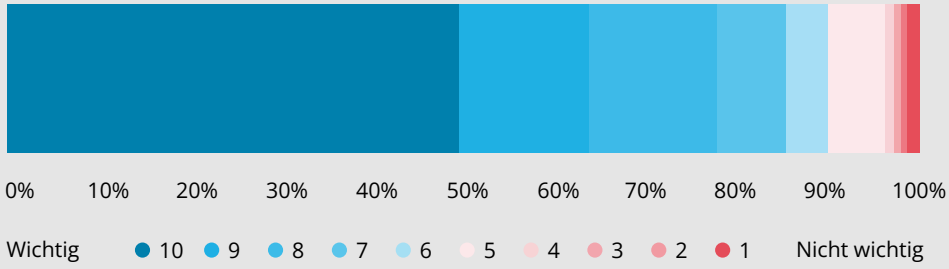
Internationale Umfragen bestätigen immer wieder die Popularität der Demokratie in der breiten Bevölkerung. Die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsprinzip ist weit verbreitet und nahezu universell auf der ganzen Welt.
Das World Values Survey ist eines der weltweit wichtigsten globalen Forschungsprojekte, das seit 1981 die Werte und Überzeugungen der Menschen in fast 100 Ländern untersucht. Zuletzt bestätigten erneut fast 90 Prozent der Befragten, dass sie die Demokratie für wichtig halten, drei Viertel von ihnen sogar für sehr wichtig. Nur etwa drei Prozent waren anderer Meinung.

Fachleute, die die Ergebnisse analysieren, betonen, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen die Demokratie unterstützen, der kulturelle Hintergrund, die Herkunftsregion oder das politische Regime, unter dem sie leben, jedoch keine wichtigen Faktoren sind.
Der Democracy Perception Index ist eine weitere Umfrage, die seit 2019 jährlich die Ansichten der Menschen in über 50 Ländern misst. In den letzten Jahren bestätigten rund 85 Prozent der Befragten in dieser Umfrage, dass sie die Demokratie für wichtig halten. Bei der Frage nach der Unterstützung für bestimmte demokratische Rechte, wie zum Beispiel Redefreiheit, faire Wahlen oder Gleichberechtigung, lag die Zustimmung sogar bei über 90 Prozent.

Einstehen für Demokratie

Wo Demokratie existiert, sind viele Menschen mit ihrer praktischen Umsetzung nicht zufrieden, auch wenn sie die Demo-

Demokratie wird als wichtig angesehen—*In Umfragen in fast 100 Ländern zwischen 2005 und 2022 fanden 90% Demokratie auf einer Skala von 10 bis 1 wichtig.*



Quelle: World Values Survey, Waves 5-7, 2023

kratie als Prinzip befürworten. Die Wahrnehmung demokratischer Defizite und das Versagen politischer Systeme sind weltweit unter den häufigsten Auslösern für Proteste der Bevölkerung.

In Ländern, die unter autoritärer Herrschaft stehen, können die Menschen ihre Meinung nicht frei äußern und müssen mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen, wenn sie offen politische Rechenschaftspflicht und demokratischen Wandel fordern. Doch der Wunsch nach Demokratie und Freiheit bleibt bestehen. Trotz großer Risiken finden regelmäßig große Proteste in unterdrückten Ländern statt wie in jüngster Vergangenheit zum Beispiel in Algerien, Bangladesch, Hongkong, Iran, Myanmar, Sudan oder Venezuela.

Anfang der 2010er Jahre wurde die arabische Welt von einer Welle von Protesten und Aufständen erfasst. Während einige Regime den Widerstand durch Unterdrückung oder geringfügige Reformen eindämmten, wurden die Diktatoren in Tunesien, Ägypten und Libyen gestürzt. Tunesien vollzog den Übergang zur Demokratie, doch dieser Fortschritt löste sich nach einem Jahrzehnt wieder auf.

In Ägypten stürzte das Militär die erste demokratisch gewählte Regierung nach einem Jahr und führte das Land zurück in den Autoritarismus. Libyen, Syrien und Jemen stürzten in gewaltsame Konflikte, wobei das syrische Regime einen brutalen Krieg gegen das eigene Volk führte, der umfassendes Leid und Zerstörung über das Land brachte.

Wir kämpfen nicht nur für unser eigenes Volk. Wir kämpfen für Demokratie überall.

Masih Alinejad—Freiheitskämpferin aus dem Iran

Foto: Kambiz Foroohar, 2018

4 Die Merkmale der Demokratie

Es gibt etablierte Grundsätze und Elemente der Demokratie, die auf unterschiedliche Weise umgesetzt wurden. Diese gemeinsamen Merkmale der modernen Demokratie finden sich nicht nur in nationalen Verfassungen, sondern auch in internationalen Erklärungen und Abkommen. Die demokratische Natur eines Staates kann anhand der Umsetzung dieser Prinzipien beurteilt werden. Zu den Merkmalen, die eine Demokratie definieren, gehören Repräsentation und Partizipation, individuelle Rechte und Freiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit. Innerhalb jedes dieser Merkmale spielen Gewaltenteilung, Rechenschaftspflicht und Transparenz eine grundlegende Rolle.

Demokratie beruht auf **Repräsentation** und **Partizipation**, individuellen **Rechten und Freiheiten** sowie auf **Rechtsstaatlichkeit**.

Repräsentation

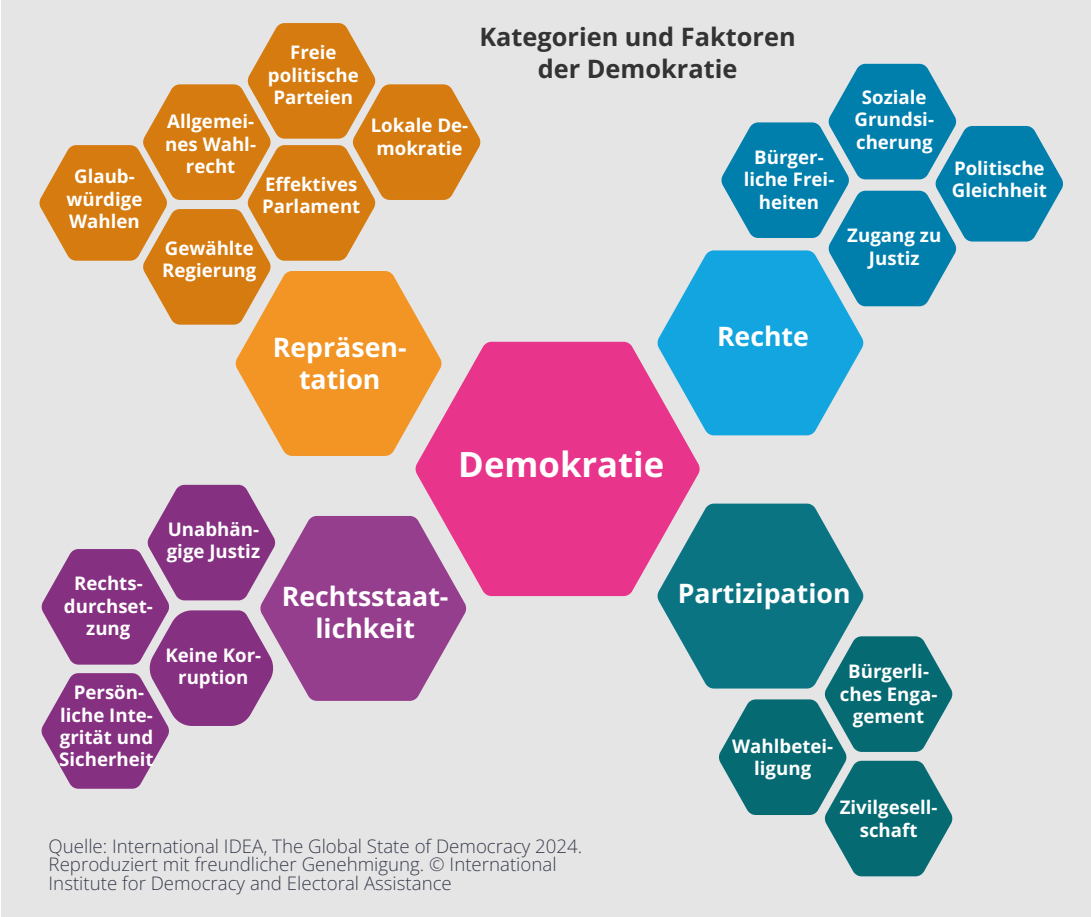
Repräsentation wird durch regelmäßige allgemeine Wahlen einer nationalen Legislative und anderer öffentlicher Gremien und Ämter auf allen Ebenen sichergestellt. Jeder Schritt, von der Registrierung für Wahlen bis zur Auszählung der Stimmen, muss frei von Manipulation sein. Alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger müssen das gleiche aktive und passive Wahlrecht haben. Politische Parteien müssen sich frei bilden und Wahlkampf betreiben können, um den Wählerinnen und Wählern echte Wahlmöglichkeiten zu bieten. Ein starkes Parlament und eine politische Opposition sind unerlässlich, um die Regierung in Schach zu halten und Kontrolle auszuüben. Freie und unabhängige Medien spielen eine entscheidende Rolle, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger informiert sind und ihre Vertreterinnen und Vertreter und Amtsträgerinnen und Amtsträger zur Rechenschaft ziehen können.

Partizipation

Die Möglichkeit, sich am politischen und öffentlichen Leben zu beteiligen, ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass gewählte Abgeordnete sowie die Regierung von der Öffentlichkeit kontrolliert werden. Es muss ein Umfeld geschaffen werden, das Bürgerinnen und Bürger bei der Gründung unabhängiger Organisationen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und anderer Gruppen, die ihre Interessen vertreten, unterstützt. Eine gute staatsbürgerliche Bildung ist der Grundstein für ein aktives gesellschaftliches und demokratisches Engagement.

Rechte und Freiheiten

Die Gewährleistung individueller Rechte und Freiheiten ist das Herzstück der Demokratie. Für eine funktionierende Demokratie sind das Wahlrecht sowie die Versammlungs-, Vereinigungs-, Meinungs- und Pressefreiheit von entscheidender



Quelle: International IDEA, The Global State of Democracy 2024. Reproduziert mit freundlicher Genehmigung. © International Institute for Democracy and Electoral Assistance

Bedeutung. Zu den weiteren entscheidenden Rechten gehören ein ordnungsgemäßes Verfahren, Bewegungsfreiheit, persönliche Integrität und Sicherheit. Die Kehrseite der Mehrheitsherrschaft in der Demokratie ist der Schutz der Minderheitenrechte, etwa im Zusammenhang mit Religionsfreiheit, ethnischer, kultureller, sprachlicher oder sexueller Identität, sowie der Gleichbehandlungsgrundsatz oder das Diskriminierungsverbot. Dazu gehört die Anforderung einer qualifizierten Mehrheit für Verfassungsänderungen. Die Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Rechte sowie der Zugang zu grundlegender sozialer Sicherheit sind erforderlich, um die Beteiligung aller am politischen Leben zu ermöglichen.

Rechtsstaatlichkeit

Demokratie muss Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, deren grundlegendes Element eine zugängliche, effektive und unabhängige Justiz ist, an die sich Einzelpersonen zum Schutz ihrer Rechte wenden können. Die öffentliche Verwaltung muss unparteiisch, nachvollziehbar und transparent arbeiten und der rechtlichen Aufsicht der Justiz unterstehen. Das Gesetz muss für alle gleichermaßen angewendet und durchgesetzt werden, wobei niemand straffrei ausgehen darf, insbesondere in Fällen von Amtsmissbrauch.

5 Herausforderungen

Als theoretisches Konzept und politische Realität hat sich die Demokratie als widerstandsfähig und anpassungsfähig erwiesen. Allerdings muss die Demokratie ständig mit einer Vielzahl von Herausforderungen umgehen und vor diesen geschützt werden, die je nach Land, Zeitraum und Kontext unterschiedlich sind. Hier sind einige der Häufigsten.

Populismus

Eine ständige Bedrohung der Demokratie ist Populismus in nationalistischer, autoritärer, religiöser, ethnischer oder anderer Form. Populisten behaupten, dass gesellschaftliche Probleme gelöst werden könnten, wenn nur der angebliche „wahre Wille" des Volkes umgesetzt würde, der angeblich von Eliten, Minderheiten und anderen Gruppen behindert wird.

Populismus nutzt eine Lücke aus, die in jedem demokratischen System zwischen dem einfachen Versprechen und der schwierigen Verwirklichung des Volkswillens besteht. Natürlich existiert ein einheitlicher „wahrer Wille" des Volkes nur in der populistischen Vorstellung und nicht in der Realität. Demokratie ist die Aufgabe, Kompromisse zu finden, die unterschiedliche gesellschaftliche und politische Interessen bestmöglich zufriedenstellen. Nur selten wird eine bestimmte Interessengruppe in der Lage sein, eine Lösung zu ihrer vollständigen Zufriedenheit zu erreichen.

> ”
>
> ***Die populistische Mobilisierung folgt der Demokratie wie ein Schatten.***
>
> **Margaret Canovan—**
> Englische Politikwissenschaftlerin

Polarisierung und Extremismus

Die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit politischer oder gesellschaftlicher Kräfte, Kompromisse zu schließen, führt zu Polarisierung und untergräbt mit der Zeit das Gefüge einer demokratischen Gesellschaft. Die Entschlossenheit, anderen seinen Willen kompromisslos aufzuzwingen, ist ein Kennzeichen von Radikalismus und Extremismus. Extremismus, der mit Populismus einhergehen kann, ist eines der größten Hindernisse und eine der größten Bedrohungen für die Demokratie. Seine schlimmsten Ausdrucksformen sind politische Gewalt und Terrorismus. Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit können wiederum dazu genutzt werden, Einschränkungen und die Verweigerung demokratischer Rechte zu rechtfertigen. Politische Bildung, die kritisches Denken, Empathie und Medienkompetenz fördert, gilt als eine der wichtigsten Präventivmaßnahmen gegen Polarisierung und Extremismus.

Korruption

Korruption und unlautere Einflussnahme sind anhaltende Bedrohungen, die die

Die Meinungsfreiheit – insbesondere die Pressefreiheit – gewährleistet die Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungen und Maßnahmen der Regierung, und die Beteiligung der Bevölkerung ist das Wesentliche unserer Demokratie.

Corazon Aquino—Politikerin und Präsidentin der Philippinen

Foto: Gerald B. Johnson, 1986

Demokratie schwächen. Wenn Funktionsträgerinnen und -träger durch Bestechung, Vetternwirtschaft oder undurchsichtige Lobbyarbeit privaten Interessen Vorrang vor dem Gemeinwohl einräumen, werden staatliche Institutionen geschwächt. Starke Kontrollmechanismen sowie Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sind unerlässlich.

Propaganda und Desinformation

Propaganda und Desinformation wurden schon immer eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu manipulieren und zu lenken.

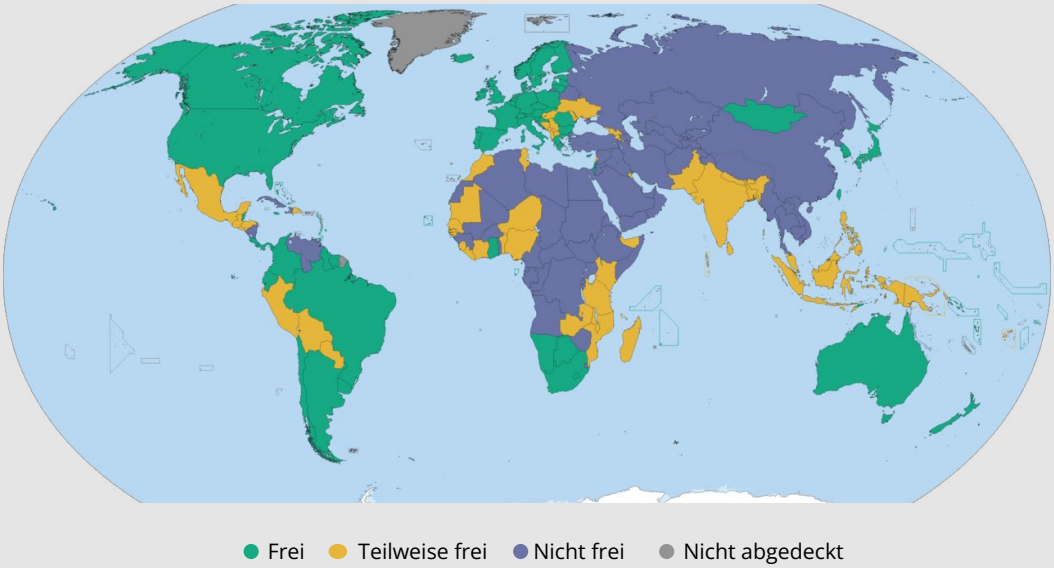
Das Internet und die sozialen Medien können zwar demokratische Debatten, Opposition und Widerstand fördern, sie dienen aber auch als Verstärker für populistische, extremistische und autoritäre Kräfte. Das Problem wird sich mit den Fortschritten bei der künstlichen Intelligenz noch verschärfen, beispielsweise durch die Ermöglichung von „Deep Fakes“ von Bildern und Videos. Die repressivsten autoritären Regime haben die Kontrolle über das Internet in ihren

Demokratie ist kein Ziel, das man erreicht und dann hinter sich lässt. Sie ist ein Zustand, der nur aufrechterhalten werden kann, wenn jede Bürgerin und jeder Bürger sie kontinuierlich verteidigt.

Rigoberta Menchú—Menschenrechtsaktivistin aus Guatemala

Foto: Corte IDH, 2018

Freiheit in der Welt—*Nach Einschätzung der Stiftung Freedom House in Washington D.C. waren ungefähr ein Drittel aller Länder 2024 nicht frei, ein weiteres Drittel nur teilweise frei und rund 40 Prozent frei.*



Quelle: Freedom in the World 2024

Foto: IFaqeer/Wikimedia, 2004

Demokratie braucht Unterstützung und die beste Unterstützung kommt von anderen Demokratien.

Benazir Bhutto—pakistanische Politikerin und Premierministerin

Ländern übernommen und zensieren alle zugänglichen Informationen. Der Missbrauch staatlicher Ressourcen zur Unterstützung politischer Kampagnen, einschließlich der unverhältnismäßigen und propagandistischen Nutzung staatlich kontrollierter Medien, ist eine gängige Taktik autokratischer Kräfte.

Autokratische Regime

Die Macht autoritärer Regime wird durch die Anziehungskraft der Demokratie bedroht. Daher versuchen sie, das allgemeine Verständnis demokratischer Prinzipien und ihrer Attraktivität zu manipulieren und zu verwässern. Sie versuchen insbesondere, Zweifel an der universellen Bedeutung und Anwendbarkeit der Demokratie zu schüren, stellen ihre Fähigkeit in Frage, den Bedürfnissen der

Tausende nahmen am 4. Juni 2014 in Hongkong an den Gedenken zum 25. Jahrestag des Tiananmen-Massakers teil. Die Kommunistische Partei Chinas schlug 1989 mit tödlicher Gewalt die pro-demokratischen Proteste im ganzen Land nieder. Inzwischen hat sie auch die Kontrolle über Hongkong übernommen.

Foto: Shutterstock

Menschen gerecht zu werden, und behaupten, demokratische Gesellschaften seien von Natur aus instabil, insbesondere aufgrund des Wettbewerbs zwischen den Parteien. Unzählige Studien befassen sich mit diesen und anderen Fragen und zeigen, dass Demokratien in vielerlei Hinsicht bessere Ergebnisse liefern. Entscheidend ist jedoch, dass die Menschen, wenn sie die freie Wahl haben, nicht unter Repression leben wollen.

Um Gefährdungen ihrer Macht zu unterbinden, unterdrücken autoritäre Regime nicht nur ihr eigenes Volk, sondern sie arbeiten auch zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und die Demokratie zu destabilisieren, wo immer sie existiert. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die russische Einmischung in andere Länder in der Nachbarschaft und darüber hinaus sowie Chinas anhaltende militärische Drohungen gegen Taiwan sind deutliche Beispiele, die geopolitische Bedenken auf die Tagesordnung der Verteidiger der Demokratie gesetzt haben. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Demokratien eng zusammenarbeiten und pro-demokratische Bewegungen und Freiheitskämpferinnen und -kämpfer unterstützen.

Die Grenzen der Toleranz

Jede demokratische Gesellschaft steht vor der Frage, wo die Grenzen der Toleranz liegen. Individuen und Gruppen müssen die Freiheit haben, sich zu organisieren und ihre Meinung zu äußern. Aber was ist mit Fake News, Hassreden oder extremistischer Rhetorik, insbesondere wenn die Demokratie selbst in

Foto: yansphotobook/Unsplash

Bildung ist ein zentrales öffentliches Gut

Frage gestellt oder direkt angegriffen wird? Eingriffe sind notwendig, aber sie erfordern ein sensibles Gleichgewicht. Wenn sie nicht sorgfältig gehandhabt werden, können sie selbst zu einer Bedrohung für die Demokratie werden.

Foto: Lucinda Douglas-Menzies, 1990

„Wenn wir eine tolerante Gesellschaft wollen, müssen wir intolerant sein gegenüber Intoleranz.

Karl Popper—österreichisch-britischer Philosoph

Bereitstellung öffentlicher Güter

Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Sicherheit, Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung oder Infrastruktur gewährleistet Entwicklung, Lebensqualität und Chancengleichheit. Wenn Regierungen diese Dienstleistungen erbringen, schaffen sie Vertrauen und Legitimität, was zu einer soliden Grundlage für eine demokratische Regierung beiträgt. Diejenigen Länder auf der ganzen Welt, die sich in einem fragilen Zustand befinden und Schwierigkeiten haben, grundlegende öffentliche Güter bereitzustellen, stehen vor den größten Herausforderungen bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung der Demokratie.

Eine gerechte Verteilung öffentlicher Güter verringert gesellschaftliche Spannungen und trägt zur politischen Stabilität bei. Eine schlechte sozioökonomische Leistung und eine ineffiziente Bereitstellung öffentlicher Güter können unter bestimmten Umständen zu einer Schwächung der Demokratie beitragen.

Foto: william07/Unsplash

Gegenseitige Abhängigkeit ist stark

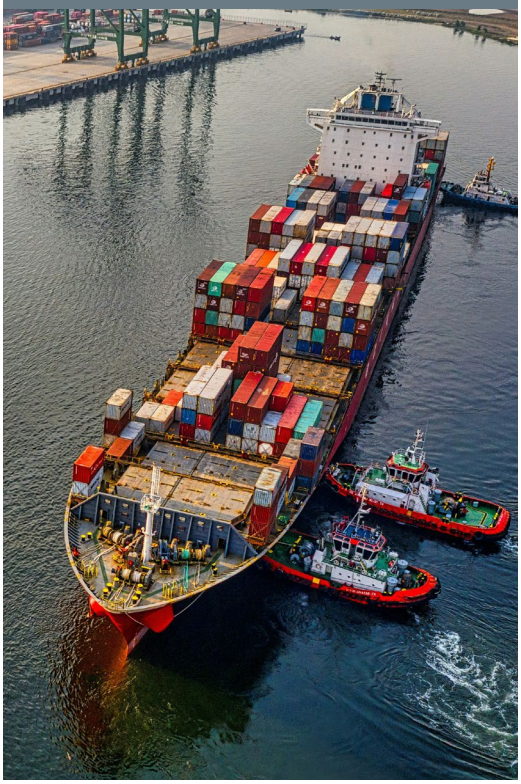


Foto: DWB, 2008

„Wir müssen die Demokratisierung der Globalisierung fördern, bevor die Globalisierung die Grundlagen der nationalen und internationalen Demokratie zerstört.

Boutros Boutros-Ghali—
ägyptischer Politiker und
UNO-Generalsekretär

Interdependenz

Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen allen Staaten ist stark, sowohl zwischen Nachbarn als auch auf regionaler und globaler Ebene. Die Verflechtung erstreckt sich auf Sektoren wie Handel, Finanzen, Dienstleistungen, Produktion, Forschung, Technologie, Kommunikation und Information sowie auf Themen wie Lebensmittel, Wasser, Gesundheit, Ressourcen, Sicherheit, Migration, Kriminalität oder Entwicklung. Nur wenige Angelegenheiten bleiben von grenzüberschreitenden Einflüssen unberührt. Der Klimawandel ist ein zentrales Beispiel dafür. CO2-Emissionen betreffen alle. Die gegenseitige Abhängigkeit schränkt die Fähigkeit nationaler Regierungen und Parlamente ein, viele Probleme unabhängig zu lösen, und kann ihre Fähigkeit beeinträchtigen, öffentliche Güter bereitzustellen. Dies untergräbt ihre Glaubwürdigkeit. Internationale Zusammenarbeit ist oft unerlässlich. Es ist jedoch bekanntermaßen schwierig, durch internationale Zusammenarbeit wirksame Regelungen und Maßnahmen zu erreichen. Vor allem gibt es aus demokratischer Sicht keine angemessene öffentliche Repräsentation, Beteiligung und Rechenschaftspflicht bei internationalen Beratungen und Entscheidungen.

6 Die demokratische Agenda

Die Entwicklung der Demokratie erfordert parallele Fortschritte in mehreren Bereichen. Die Überwindung autoritärer Herrschaft und die Erlangung einer demokratischen Regierung in allen Ländern ist von entscheidender Bedeutung. Überall, wo Demokratie existiert, muss ihre Qualität vertieft werden. Drittens ist die Ausweitung der Demokratie auf globaler Ebene von entscheidender Bedeutung.

Demokratie entwickeln und aufrechterhalten

Die politische Landschaft ist vielfältig: Einige Länder haben seit langem etablierte demokratische Systeme, andere konsolidieren oder arbeiten auf einen demokratischen Wandel hin, und viele sind immer noch mit autoritärer Herrschaft oder sogar einer offenen Diktatur konfrontiert. Während das Tempo und der Weg der Demokratisierung unterschiedlich sind, muss autoritäres Regieren überall überwunden werden, damit alle Menschen auf der Welt Grundfreiheiten und Menschenrechte ausüben können. Länder auf dem Weg zur Demokratie müssen die bestmögliche Unterstützung erhalten und autoritärer Einfluss muss eingedämmt werden. Ob in aufstrebenden oder etablierten Demokratien – es sind kontinuierliche Anstrengungen erforderlich, um demokratische Herausforderungen zu bewältigen, widerstandsfähige Institutionen zu erhalten und Rückschritte zu verhindern.

Foto: Alessandro Carvalho, 2013

”

Demokratie ist nicht nur eine Frage des Stimmrechts. Sie besteht darin, die Möglichkeiten und Fähigkeiten jeder Bürgerin und jedes Bürgers zu stärken, sich an den Beratungen über das gesellschaftliche Leben zu beteiligen.

Fernando Cardoso—brasilianischer Soziologe und Politiker

Demokratie vertiefen

Die Aufrechterhaltung und Stärkung der Demokratie erfordert eine ständige Innovation all ihrer Merkmale. Die Stärkung der partizipativen Dimension, die das Merkmal der Repräsentation ergänzt, wird allgemein als wesentlich für die Weiterentwicklung der Demokratie angesehen. Die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Ansatzes. Forschende haben über 2.000 Mechanismen dokumentiert, die diesem Zweck in mehr als 100 Ländern dienen, von der lokalen bis zur nationalen Ebene. Die Schweiz ist

Foto: Shutterstock

bekannt für ihre langjährige Tradition der direkten Demokratie. In allen Regionen der Welt werden weitere Innovationen zur Förderung der Bürgerbeteiligung und -mitwirkung praktiziert oder getestet. So gibt es beispielsweise in ländlichen Dörfern in Indien ein Gram Sabha, ein Dorfparlament, das aus allen registrierten Wählerinnen und Wählern besteht und befugt ist, wichtige Entscheidungen zu treffen. In Irland und Australien wurden unter anderem nationale Bürgerräte eingesetzt, um Empfehlungen zu strittigen Fragen abzugeben und zur Überwindung von Polarisierung beizutragen. Brasilien war Vorreiter bei der partizipativen Haushaltsplanung, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, die öffentlichen Ausgaben direkt zu beeinflussen. In Malawi wurden auf lokaler Ebene Bürgerjurys getestet. Eine weitere Methode, die in den USA schon lange angewendet wird und auch anderswo in Betracht gezogen wird, besteht darin, den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit zu geben, sich durch Vorwahlen an der Auswahl der Parteikandidatinnen und -kandidaten zu beteiligen. Die Beteiligung in politischen Parteien im Allgemeinen und an ihren internen demokratischen Prozessen sind wichtige Themen, die es zu untersuchen gilt. Die Vertiefung der Demokratie auf diese und andere Weise auf allen Ebenen, auch durch digitale Technologien, ist jetzt und in Zukunft ein wichtiges Unterfangen. Sie ist auch ein Beitrag zur Stärkung der politischen Bildung.

Demokratie globalisieren

Globale Interdependenz und existenzielle Bedrohungen machen es unerlässlich, dass Demokratie auf globaler Ebene umgesetzt wird. Selbst wenn alle Länder Demokratien wären, bleiben grenzüberschreitende Einflüsse und die Notwendigkeit internationaler Koordination bestehen. Wenn globale Institutionen in die Lage versetzt werden sollen, öffentliche Güter auf effektive Weise bereitzustellen, müssen sie demokratisiert werden, damit sie über ausreichende Legitimität verfügen. Dies bedeutet, dass man sich von der traditionellen, aber veralteten Ansicht verabschieden muss, dass die Gestaltung internationaler Angelegenheiten das Vorrecht der Regierungen ist. Bürgerinnen und Bürger, gewählte Abgeordnete, die Zivilgesellschaft und andere Interessengruppen müssen in

Foto: John Mathew Smith

Die UNO sollte sich von einer großen Gemeinschaft von Regierungen, Diplomaten und Beamten in eine gemeinsame Institution für jede Bewohnerin und jeden Bewohner dieses Planeten verwandeln.

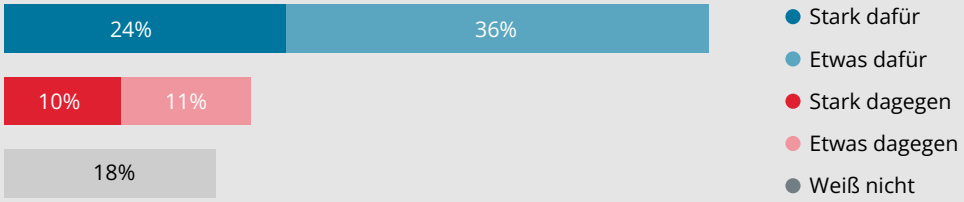
Václav Havel—Dissident, Schriftsteller und Präsident der Tschechischen Republik

internationale Beratungen und Entscheidungsfindungen einbezogen werden. Es gibt bereits eine große Anzahl internationaler parlamentarischer Gremien, die ein breiteres politisches Spektrum aus ihren Mitgliedsländern repräsentieren. Das direkt gewählte Europäische Parlament, das zusammen mit dem Rat der Europäischen Union verbindliche Regelungen erlässt, ist das am weitesten entwickelte von ihnen. Die Einrichtung einer parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen ist ein entscheidender Schritt, um die Weltorganisation für eine Vielfalt politischer Stimmen jenseits der Regierungsdiplomatie zu öffnen. Diese repräsentative Versammlung kann dazu beitragen, die Demokratie nicht nur bei den Vereinten Nationen, sondern auch in ihren Mitgliedstaaten zu stärken. Eine weitere Entwicklung ist die wachsende Zahl und Bedeutung zivilgesellschaftlicher Gruppen auf internationaler Ebene in den letzten Jahrzehnten. Die Schaffung eines soliden globalen Raums für die Zivilgesellschaft sowie Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich an der globalen Regierungsführung zu beteiligen, werden die Dimensionen der Globalisierung und der Vertiefung der Demokratie miteinander verbinden.

Eine globale Verfassung

Wenn wir weiter in die Zukunft blicken, wird der größte Erfolg und Höhepunkt in der Entwicklung der Demokratie die Schaffung einer Weltbürgerschaft und eines Weltparlaments durch eine Weltverfassung sein. Diese Verfassung würde durch eine Vereinbarung der Menschen und Nationen der Welt zustande kommen, die ihre Souveränität über globale Fragen zusammenführen, um eine neue universelle Weltorganisation zu gründen, die die Demokratie auf globaler Ebene umsetzt und schützt und sich mit globalen Herausforderungen befasst. Die Staaten würden weiterhin bestehen. Auf der Grundlage des föderalistischen Subsidiaritätsprinzips würden die Zuständigkeiten auf verschiedene Regierungsebenen verteilt. Nach Ansicht von Democracy Without Borders sollte die globale Organisation die Autorität über Fragen von globaler Bedeutung im besten Interesse der Menschheit und des Lebens auf der Erde ausüben. Gleichzeitig können Länder beschließen, nationale Befugnisse an subnationale regionale und lokale Behörden weiterzugeben. Die Menschen sind ihren Regierungen voraus. Umfragen zeigen immer wieder, dass sie nicht nur Demokratie fordern, sondern auch die Idee einer globalen Demokratie unterstützen.

Unterstützung für ein Weltparlament—*Bei einer Umfrage in 15 Ländern aus allen Weltregionen wurde 2023 gefragt, ob ein Weltparlament unterstützt oder abgelehnt würde. Durchschnittlich 60% waren dafür und 21% dagegen.*



Quelle: FES Global Census, 2023

7 Unsere Kampagnen

Democracy Without Borders führt zusammen mit zahlreichen Partnerorganisationen Kampagnen zur Förderung der globalen Demokratie, Weltbürgerschaft und Weltordnungspolitik durch. Wir setzen uns für die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen ein, die die Menschen der Welt vertritt. Wir setzen uns für eine Weltbürgerinitiative ein, die es den Menschen ermöglicht, Vorschläge bei den Vereinten Nationen einzubringen, und unterstützen die Bemühungen um globale Bürgerräte, die die Menschen in die Beratung über globale Fragen einbeziehen. Wir setzen uns für die Ernennung einer oder eines UN-Sonderberichterstatters bzw. - berichterstatterin zu Demokratie ein, die oder der demokratische Herausforderungen und bewährte Verfahren in den Ländern der Welt ermitteln soll. Unsere Kampagnen wurden von Hunderten zivilgesellschaftlichen Gruppen und über tausend gewählten Vertretern aus der ganzen Welt unterstützt.

Foto: Pexels

DEMOCRACY WITHOUT BORDERS

Diese Broschüre erklärt, was Demokratie ist, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hat, und welche Herausforderungen bestehen.

Unsere Website: democracywithoutborders.org

Inhalt

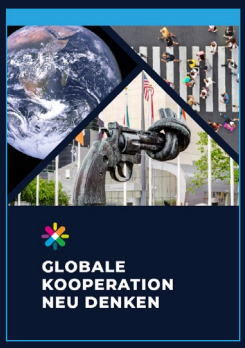
1 Einführung *1*
2 Eine kurze Historie *3*
3 Ein universeller Wert *7*
4 Merkmale der Demokratie *11*
5 Herausforderungen *13*
6 Die demokratische Agenda *19*
7 Unsere Kampagnen *22*

Mehr entdecken

Broschüren auf unserer Website

Was ist Weltbürgerschaft?

Erklärt die Geschichte und Dimensonen von Staatsbürgerschaft in einer interdependenten Welt.



Globale Kooperation neu denken

Wie sich globale Kooperation entwickeln muss, um globale Herausforderungen effektiv und demokratisch lösen zu können.

Literatur

A World Parliament: Governance and Democracy in the 21st Century von Jo Leinen und Andreas Bummel—unser Buch über die Idee globaler Demokratie. Auch auf Deutsch erhältlich. In Englisch in zweiter aktualisierter Auflage.

Newsletter

Scannen und Seiten auf unserer Website finden für Newsletter-Abo, Spenden und Mitgliedschaft—democracywithoutborders.org/de/links

© Democracy Without Borders 2025. Teile dieser Publikation basieren auf “A World Parliament: Governance and Democracy in the 21st Century” (2. Aufl.) von Jo Leinen und Andreas Bummel.

Bilder auf dem Deckblatt links und rechts: Shutterstock. Unten: UNDP.